

Zerpflückte Pensionsreform

Die Pensionsexperten kritisieren die geplante Harmonisierung der Systeme scharf. Statt Parallelrechnung fordern sie eine Stichtagsregelung für Schwerarbeiter brauche es eine Bedeckelung.

Wien – Bevor heute, Freitag, die Pensionsharmonisierung im Sozialausschuss des Nationalrates beschlossen werden soll, heizten vier Experten den politischen Entscheidungsträgern noch einmal gehörig ein. Bernd Marin, Wolfgang Mazal, Franz Pagler und Theodor Tomandl (Leiter der Pensionsreformkommission) zerpflücken das Regierungsmodell in wesentlichen Punkten:

Statt der „jahrzehntelangen Parallelrechnung“ von drei verschiedenen Pensionsmodellen fordern sie eine so genannte „Neustarttagsregelung“, also ein Stichtagsmodell ohne Übergangsfrist. Komme die Parallelrechnung, ist für Tomandl „Transparenz in keiner Weise gewährleistet“. Das bedeute auch „unerhörte bürokratische Mehrleistungen“ und „unbegründbaren sozialen Härten“, etwa durch Ungleichbehandlungen von Personen, die knapp unter 50 oder knapp über 50 Jahre alt sind. Zudem würden die vielen Ausnahmebestimmun-



Nur mäßig zufrieden zeigen sich die Pensionsexperten Bernd Marin, Theodor Tomandl und Franz Pagler mit dem Harmonisierungsmodell der Regierung. *Foto: Newald*

gen, darunter „Deckelungen“ oder Sondergruppenregelungen, die Pensionssicherheit gefährden.

Besonders die Schwerarbeiterregelung wird von den vier Pensionsexperten zerpflückt: Sie passe nicht in das Pensionskontosystem und sei für die Vergangenheit auch „praktisch unvollziehbar“. Wenn endlich Kriterien zur Definition von Schwerarbeit gefunden seien, soll es ein allgemeines Antragsrecht geben. Damit liege es bei jedem Einzelnen, zu beweisen, dass er anspruchsberechtigt ist.

Ebenfalls gefordert sei ein eigener Geldtopf für Sonder-

zahlungen. Ob diese Bedeckelung dann „Schwerarbeiterfonds“ oder „Pensionskasse“ heiße, sei egal – finanzieren sollen die zusätzlichen Mittel Arbeitgeber oder Bund.

Politikerprivilegien

Weiterhin umstritten sind auch die Politikerpensionen. Der Sozialsprecher der Grünen, Karl Öllinger, hat das Thema neuerlich aufgegriffen – zur Irritation von ÖVP, FPÖ und SPÖ. Sie lehnen den Wechsel von Politikern im „alten System“ in das ASVG-System ab. Nach dem derzeitigen Entwurf zum „Allgemeinen Pensionsgesetz“ genießen Po-

litiker, die im alten Bezügegesetz sind, gleich mehrere Vorteile. Sie trifft keine Durchrechnung. Außerdem gibt es eine garantierte Mindestpension, die sich am Gehalt eines Sektionschefs von derzeit 6708 Euro brutto orientiert.

Abgeordneten stehen davon 48 Prozent zu, Ministern sogar 50. Voraussetzung sind zehn Jahre Abgeordnetentätigkeit, oder vier Jahre Regierungsmitgliedschaft. Zudem könne Politiker bereits mit 62 Jahren in den Ruhestand treten. Laut einer Anfrage der Grünen zu den Politikerpensionen, fallen 20 der 183 Abgeordneten in das alte System. (APA, kmo)